

Pressemitteilung der Jungliberalen Aktion Sachsen:

Bundestagspetition zeigt klaren Protest – Keine Indizierung von Internetseiten

(Dresden/15.06.2009) Die vom Bundeskabinett geplante Änderung des Telemediengesetzes zum Indizieren und Sperren von Internetseiten stößt auf großen Protest. Eine Petition an den Deutschen Bundestag hat mittlerweile bereits mehr als 123.000 Mitzeichner. Unter dem Vorwand, die Kinderpornographie bekämpfen zu wollen, plant die Bundesregierung den Einsatz von Stoppschildern vor entsprechenden Internetseiten.

„Wir kritisieren dieses Vorhaben deutlich, denn viel wichtiger ist das Löschen krimineller Inhalte. Dies ist ermittlungstechnisch auch möglich, kostet aber mehr Geld und Personal, weshalb sich die Bundesregierung hier mit einem symbolischen Stoppschild aus der Verantwortung duckt.

Das Gesetz strotzt weiterhin vor verfassungsrechtlich bedenklichen Konstruktionen. So soll die Sperrliste allein vom BKA erstellt werden, ohne Kontrolle und ohne richterlichen Vorbehalt. Dem Missbrauch wäre Tür und Tor geöffnet. Der Umstand, dass Politiker der Großen Koalition bereits nach Sperren von weiteren Tatbeständen, zum Beispiel Onlinespielen, rufen, lässt befürchten, dass eine einmal eingerichtete Sperr- und Zensur-Infrastruktur immer weitere Eingriffe in den freien Datenverkehr nach sich ziehen würde“, so Marcus Viefeld, Landesvorsitzender der Jungliberalen Aktion Sachsen.

Weiter erklärt er: *„Eine Zensur findet nicht statt - Dieser wichtige Satz unseres Grundgesetzes muss auch im Internet seine Gültigkeit haben. Die Abscheulichkeiten von kinderpornographischen Verbrechen werden hier als Hebel genutzt, um von dem Versagen bei der bisherigen Ermittlungsarbeit abzulenken und gleichzeitig die Tür für die Zensur des Internet aufzustoßen. Wir begrüßen es ausdrücklich, dass so viele Bürger die Petition gegen die Netzsperrungen mitgezeichnet haben. Sollten bis zum Ablauf der Zeichnungsfrist mehr als 128.000 Mitzeichner finden, wäre es die bislang erfolgreichste Petition an den Bundestag.*

Wir bitten die Bürgerinnen und Bürgern darum, bis zum 16. Juni die Petition im Internet mitzuzeichnen.“

Anmerkung:

Die Internetpetition ist abrufbar unter <https://epetitionen.bundestag.de/index.php?action=petition;sa=details;petition=3860>



Jungliberale Aktion
Sachsen
Radeberger Straße 51
01099 Dresden

Tel: 0351/ 65 57 65 70
info@julia-sachsen.de
www.julia-sachsen.de

Pressesprecher
Constantin Eckner
V.i.S.d.P.

Mobil: 0179/ 21 21 620
presse@julia-sachsen.de

Weitere Informationen und eine Anleitung zum Mitzeichnen findet man unter <http://www.zeichnemit.de/>

Bei Rückfragen zum Thema und zur JuliA-Sachsen allgemein steht Ihnen Pressesprecher Constantin Eckner gern telefonisch oder via Email zur Verfügung.